

# **DIE LINKE.** *im Erzgebirgskreis*

SOZIALISTISCHES INFO-BLATT

APRIL 2023

Nummer 181

## **Der Versuch, eine Info- Veranstaltung zu missbrauchen**



Woher kommt in Zukunft unsere Energie?

Angefangen hat es mit einer Information unserer Stadtverwaltung Ehrenfriedersdorf, die Einwohnerschaft über den Bau einer Windenergieanlage (WEA) auf dem Territorium der Nachbargemeinde Drebach zu errichten. Die Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat und die Bürgermeisterin waren sich einig, diese Veranstaltung einzuberufen. Schließlich gab und gibt es noch Einwände und Hinweise der Einwohnerschaft zu diesem Vorhaben. Kurt vor dem Termin der Informationsveranstaltung wurden an die Haushalte in Ehrenfriedersdorf Zettel verteilt, welche auf diese Veranstaltung hingewiesen haben. Als Autoren wurde die Bürgerinitiative Gegenwind aus Drebach benannt. Schon die Aufmachung störte mich: zu sehen waren ein Faksimile der BILD-Zeitung und ein stilisiertes Windrad mit integriertem Totenkopf.

Überschrieben war das Schreiben mit „Öffentliche Bekanntmachung“! Von der Stadtverwaltung kam dieses Schreiben nicht. Es handelt sich also um eine Amtsanmaßung einer Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Ehrenfriedersdorf. Das sollte sich während der Informationsveranstaltung noch herausstellen.

Am 2. März um 19 Uhr betrat ich die Aula. Sie war gut gefüllt. Die Stadträte / Stadträtin waren so weit sie konnten,

anwesend. Unsere Bürgermeisterin, Frau Franzl, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte als Gäste Vertreter der Gemeinde Drebach und der Bürgerinitiative „Gegenwind“ (BI) aus Drebach.

An Hand von Karten- und Bildmaterial wurde das Vorhaben vorgestellt. Auch die Bedenken unserer Stadt wurden vorgebracht. Die BI Drebach brachte ihrerseits Bedenken vor. Von dem im Ortsgebiet Ehrenfriedersdorf verbreiteten Schreiben distanzieren sich die BI entschieden. Ihre Information sah anders aus und hob sich auch inhaltlich ab.

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern kamen gute und berechtigte Einwände. Aber es wurde auch ein Pamphlet verlesen, wo zur Bildung einer Gemeindeversammlung aufgerufen wurde.

Die Gemeindeversammlung wolle den Einwohnern eine weitere Möglichkeit des Einflusses auf die Stadtpolitik geben und damit angeblich den Stadtrat unterstützen. In Wirklichkeit soll doch die Arbeit des Stadtrates konterkariert werden. Vor der Schule wurden Stimmzettel verteilt, Unsere Bürgermeisterin unterband dieses Ansinnen. Sie gab den Hinweis, dass für derartige Handlungen keine Räumlichkeiten der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Seltsamerweise beriefen sich die Mitglieder dieser Gruppe auf das GG der BRD, das ein Teil jedoch nicht anerkennt. Tatsächlich sieht das Grundgesetz diese Form der Volksvertretung vor, jedoch nur in Ortschaften die weniger als

70 bis 100 Einwohner haben ( landesverschieden) und keine gewählte Stadt- / Gemeindevertretung hat. Beides trifft auf unseren Ort nicht zu. Die Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) als Gesetz zur Regelung des Kommunalrechts des Freistaates Sachsen enthält keine Regelungen über die Gemeindeversammlung. Vielmehr sind gemäß § 1 Abs. 4 SächsGemO als Gemeindeorgane allein der Gemeinderat (Stadtrat) und der Bürgermeister festgelegt.

In der Stadtratssitzung vom 06.März wurde die Stellungnahme unseres Stadtrates und Stadtverwaltung vorgelesen und es wurde darüber abgestimmt. Alle anwesenden Stadträte / Stadträtin stimmten ihr zu. Im Ratssaal waren einige Bürger / Bürgerinnen dieser ominösen Gruppe anwesend. Sie konnten sich also überzeugen, dass der Stadtrat die Belange der Einwohnerschaft vertritt und es keiner zusätzlichen Körperschaft bedarf. Nach der Abstimmung konnten sie nicht umhin, Beifall zu zollen.

Nichts desto Trotz gilt es in der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024 eine gute Auswahl der Kandidaten vorzunehmen. Es muss vermieden werden, dass sich „U – Boote“ andienen, die eigentlich nicht die demokratischen Parteien und Gruppierungen vertreten.

Herbert Schönherr  
Stadtrat in Ehrenfriedersdorf

**Öffentliche Bekanntmachung**  
Betrifft Bauvorhaben der A/WI GmbH – Windpark Drebach

HIERMIT wird über die Möglichkeit zum Einlegen von Einwendungen in Bezug auf Beeinträchtigungen auf MENSCH und NATUR informiert:

In Drebach, an der Grenze zu Ehrenfriedersdorf, inmitten des Landschafts- und Wasserschutzgebietes, ist die Errichtung eines Windparks, mit 3 der deutschlandweit höchsten Windenergieanlagen (WEA), vorgesehen. Die WEA würden dann, wegen ihrer extremen Höhe von bis zu 200 m, das Landschaftsbild prägen und sind aus allen Himmelsrichtungen und Standorten weithin sichtbar.

Vom 23.01. bis 22.02.2023 liegen die Genehmigungsunterlagen laut Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) für den Windpark Drebach in den Verwaltungen: Landratsamt Erzgebirge, Drebach, Ehrenfriedersdorf, Thermalbad Wiesbaden, Thum und Wilkenstein in gedruckter Form aus und sind unter [https://uvp-verbund.de/startseite/mitSuchbegriff\\_Drebach](https://uvp-verbund.de/startseite/mitSuchbegriff_Drebach) zu finden.

**Bisher haben es wenige Einwohner mitbekommen.**

JETZT sind alle Einwohner der Gemeinden aufgerufen Ihre Bedenken bezüglich Auswirkungen sowie Gefahren für Mensch und Natur einzureichen. Das Frist, hierzu endet mit Ablauf des 22.02.2023. Das Formblatt auf der Rückseite kann dazu verwendet werden. Hierfür sind die persönlichen Daten (Name, Wohnort), Ort und Datum sowie die eigenhändige Unterschrift und Einwendungen zu ergänzen. Alternativ kann auch ein eigenes Schreiben erstellt werden. Das Schreiben ist an die auf dem umseitigen Formblatt angegebene Adresse zu senden oder kann bei den oben genannten Verwaltungen abgegeben werden.

**bekannte Auswirkungen und Beeinträchtigungen sind u.a.:**

- ✓ Zerstörung der Landschaft und Eingriff in die Natur durch Errichtung und Veränderung des Mikroklimas während des Betriebes
- ✓ Verlust der Attraktivität unserer Region mit Bevölkerungsrückgang
- ✓ Lärmemission und Schattenwurf
- ✓ INFRASCHALL: Schädigung der Herzmuskelstruktur, erhöhtes Herzinfarktrisiko, Kreislaufprobleme, Kopfschmerzen, Ohrdruck, Schlafstörung, Erschöpfung, Konzentrationschwierigkeiten, Unzufriedenheit
- ✓ Angustzustände durch räumliche Bedrängung
- ✓ Wald- und Flächenbrandgefahr bei Havarie, durch Blitzeinschlag und Funkenflug
- ✓ Tötung und Vergrämung von Insekten und Vögeln, so auch geschützte Arten u.a. Milan, Störche und bis zu 16 Arten von Fledermäusen
- ✓ Verwendung von wasser- und umweltgefährdenden Stoffen (z.B. hochgiftige und krebserregende Isotergaseöl-öle und andere Hilfsstoffe)
- ✓ Stoffwechselerkrankungen und Schädigung von Lunge und Leber durch mehrere 100-Kilogramm giftige Feinstaubpartikel im Jahr, aufgrund des Abriebs und Erosion der Oberflächen

Teilen Sie unserem Telegram-Kanal „Gemeinde Drebach“ bei unter: [https://t.me/Gegenwind\\_Drebach](https://t.me/Gegenwind_Drebach)  
Mail: IG\_Gegenwind\_Drebach@proton.me

## Haushaltsrede der Fraktion DIE LINKE im Kreistag am 29.03.2023

Sehr geehrter Herr Landrat Anton, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte.

Vor uns liegt wieder ein neuer Doppelhaushalt, wie sich der Erzgebirgskreis in den Jahren 2023 und 2024 entwickeln soll.

Danke an Herrn Stark und seine Kolleginnen und Kollegen für diese Fleißarbeit.

Für diese beiden Haushaltsjahre gelingt es der Verwaltung erstmalig nicht wie in den Vorjahren, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, was sehr bedenklich ist und nach Ursachen fragt.

Der Doppelhaushalt ist ein Spiegelbild der Situation, des Zustandes in der Bundesrepublik. Einerseits sind Milliarden Euro für Rüstung sofort vorhanden Andererseits fehlen, unter anderem, den Kommunen diese Milliarden um Ihre Aufgaben, auch übertragene Aufgaben, zu bezahlen.

Im Sächsischen Landtag, gab es eine kleine Anfrage der Linken, ob für übertragene Aufgaben, in Umsetzung der Kreis- und Funktionalreform, die notwendigen Finanzmittel bereitstehen.

Der Innenminister sagte ja. – Was verwundert, aus der Landkreisverwaltung kommt aber oft der Hinweis, dass das Geld nicht ausreicht: Wer hat nun recht?

Was bewegt unsere Fraktion noch bzw. wie bewerten wir diesen Haushaltplan?

Der SSG wird vorher selbstverständlich konsultiert, die Fraktionen leider nicht. Wer hat mehr zu sagen, brauchen wir die Kreisräte noch?

Bedenklich sind auch die 150 nicht besetzten Stellen, laut Personalrat, und der hohe Krankenstand. Beides zusammen fehlen ca. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die tägliche Verwaltungsarbeit. Dies würde zwar einige Millionen Euro im Jahr einsparen, wenn dieser Zustand anhält und das finanzielle Defizit somit verringern, andererseits werden die verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die anliegenden Aufgaben nicht mehr schaffen.

Bedenklich ist zudem, ob gerade für die schnelle Digitalisierung von Verwaltungsprozessen genügend Personal da noch zur Verfügung steht

Viele Aufgaben sind Pflichtaufgaben, soweit so gut. Aber mit welchem Aufwand diese erledigt werden, kann die Verwaltung beeinflussen. Ob es dort noch Einsparreserven gibt, kann ein Kreisrat nicht bewerten.

Die Fraktionsmitglieder haben sich nicht auf ein einheitliches Votum für oder gegen den Doppelhaushalt geeinigt. Muss in meiner Fraktion auch nicht sein.

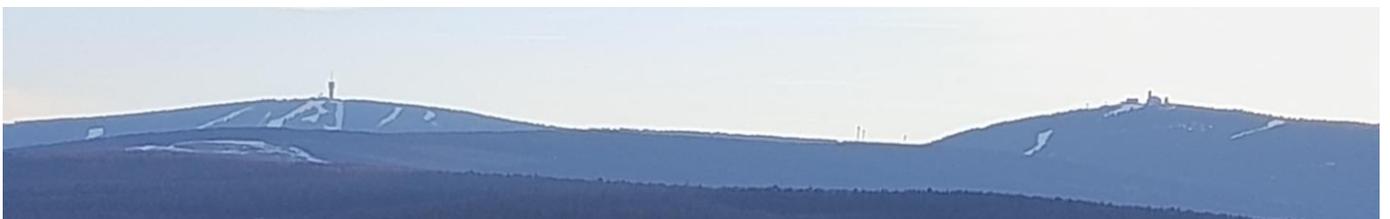
Konsense in der Fraktion sind:

wir die Misswirtschaft in Bund und Land kritisieren, die den Fehlbetrag zu verantworten haben, wir anerkennen, dass keine Abstriche bei den freiwilligen Leistungen zu erkennen sind, die vergleichsweise niedrige Kreisumlage den Kommunen nützt, gerade die Absicherung der sozialen Verantwortung/Aufgaben auf wackeligen Füßen steht, weil u.a. kein Verkauf des Fichtelberghauses im Plan verankert ist.

Unsere teilweise Zustimmung bedeutet aber nicht, dass wir bei einzelnen Positionen immer der Meinung der Mehrheit sind und uns bei späteren Einzelentscheidungen auch andere Schwerpunkte setzen werden. Dies nur zur Vorbeugung, damit niemand später sagen kann, die Fraktion DIE LINKE hat ja dem Haushalt als Ganzem zugestimmt.

Glück Auf

Frank Dahms - Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Kreistag ERZ  
Annaberg-Buchholz am 29. März 2023



## Demonstration „Kein Fußbreit dem Rassismus, Faschismus und Krieg“

Am 5. März 2023 jährten sich die Luftangriffe auf Chemnitz im zweiten Weltkrieg zum 78. Mal. Bei diesen Angriffen wurde 80% der Chemnitzer Innenstadt zerstört und ungefähr 4.000 Menschen getötet. Seit 2002 begeht die Stadt Chemnitz den Friedenstag, um an diese Zerstörung zu erinnern, welche durch den Krieg der Nazis ausgelöst wurde.

Heute wird in Europa wieder Krieg geführt. Militarismus und faschistische Ansichten erfahren neuen Auftrieb. Faschisten versuchen die Friedensbewegung zu vereinnahmen.

Um dem etwas entgegenzusetzen, rief das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus Chemnitz“ am Chemnitzer Friedenstag zu der Demonstration „Kein Fußbreit dem Rassismus, Faschismus und Krieg“ auf. Es beteiligte sich eine Gruppe Menschen verschiedenster Hintergründe: Parteien wie Grüne und SPD, religiöse Gemeinschaften und Initiativen wie „Chemnitz Nazifrei“ waren vertreten und beteiligten sich mit Redebeiträgen. Abschließend hielt Tim Detzner von Die Linke.Chemnitz seine Rede (siehe Bild),



bevor die Veranstaltung von der Kundgebung am Karl-Marx-Monument zu einer Laufdemonstration überging. Diese verlief über den Innenstadtring und endete wieder am Monument.

Ich teile die Gedanken von Tim Detzner: Egal wie wir auf den Krieg in der Ukraine schauen, egal ob pro oder contra Waffenlieferungen, müssen wir alle gemeinsam dagegenhalten, wenn die Faschisten versuchen, die Friedensbewegung und den Wunsch nach Frieden für ihre Zwecke zu vereinnahmen.

Lucas Schmidt

## 08. März 2023 Internationaler Frauentag



Vormittags verteilte der Ortsverband der Linken 100 Blumen an Zwönitzer Pasanten im Neubau, an die Beschäftigten und Besucher\*innen des Edeka Marktes, an das Betreuungspersonal und einige Bewohner\*innen des Altenheimes

(Villa Kunterbunt) sowie an das Personal der Kita "Regenbogen". Das Betreuungspersonal im Altenheim in der Adolf-Zeidler-Straße und die

Kita Regenbogen bekamen zusätzlich ein Päckchen Kaffee. Beim Verteilen der Blumen in der Kaufhalle entspannten sich so manche Gespräche, bei denen bestätigt wurde, dass die Frauen früher mehr Rechte besaßen als in der heutigen BRD und der Kampf der Frauen um ihre Rechte unbedingt weiter gehen muss.

Nachmittags fand in Aue die Feier des Bündnisses "Frauenpower" statt. Der DGB - Erzgebirgskreis begrüßte uns mit einer roten Rose und vielen freundlichen Worten und Material zum Volksantrag, mit deren Hilfe von 40 000 Unterschriften der Internationale Frauentag am 8. März zum Feiertag erklärt werden soll.

Begrüßt wurden wir Partei- und Vereinsfrauen während einer kurzen Rede der Vorsitzenden des Bündnisses "Frauenpower", Angelika Klier



sowie von der etwas langwierigen und ins ukrainische übersetzten Rede der Gleichstellungsbeauftragten des Erzgebirgskreises Frau Lämmel, bei der sie ausführlich auf den Ursprung des Internationalen Frauentag durch Clara Zetkin, aber auch auf die Sichtweise von Gott bei der Schaffung der Frau einging. Danach saßen wir gemütlich mit vielen libysche, syrischen und ukrainischen Frauen bei selbstgebackenen Kuchen, mit Pilzen und anderen Leckereien gefüllten Pelmenis, Kaffee und dem herzerfrischendem Auftritt der "Blinden Hühner" für einige Stunden entspannt zusammen. Da der Kreisvorstand der "Die Linke" jedes Jahr für diese Veranstaltung 180 € für die Saalmiete sponsert, unsere ehemalige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft (AG) Lisa sogar einen Kuchen beisteuerte, der übrigens sehr gut schmeckte, gehört unser Dank neben dem Vorstand des Bündnisses "Frauenpower" auch ihr und allen Linken, die diese Feier mit möglich machten. Gudrun Schumann



## **Arbeit ist nicht alles: Feiertage nachholen!** von MdL Rico Gebhardt

Es ist ein Ärgernis: Wenn Feiertage aufs Wochenende fallen, gehen sie den Beschäftigten ersatzlos verloren – und die Unternehmen dürfen sich über mehr Arbeitszeit freuen. Bisher regiert der Kalender: Im letzten Jahr fielen drei Erholungstage weg (2021 sogar fünf!), auch der Neujahrstag 2023 war ein Sonntag. Am Montag nach dem 1. Januar, also am 2. Januar fand in Sachsen noch kein Schulunterricht statt, auch viele Kindertageseinrichtungen waren nicht oder nur eingeschränkt geöffnet. Die Eltern waren also gezwungen, zuhause zu bleiben, wenn sie die Betreuung nicht anderweitig absichern konnten. Auch auf vielen Baustellen ruhte die Arbeit noch, nicht wegen des Wetters, sondern weil wohl viele Unternehmen noch einen zusätzlichen Betriebsruhetag hielten. Das kostete die Beschäftigten dann einen Urlaubstag.

Wir wollen Gerechtigkeit nicht nur beim Geld, sondern auch bei der Arbeitszeit. Sachsen muss gesetzlich regeln: Wochenend-Feiertage werden nachgeholt! 80 Staaten verfahren bereits so, etwa Spanien, Belgien, Luxemburg und Großbritannien. Das würde die Erholung der Beschäftigten und deren Zufriedenheit fördern, was wiederum die Produktivität beflügelt – das sagt auch die Forschung. Der inhaltliche Hintergrund der Feiertage lässt sich nicht vom Erholungsaspekt trennen.

Als der Landtag den Gesetzesentwurf der Linksfraktion behandelte, zeigten CDU und die Rechtsaußen-Fraktion ihren Charakter: Sie sind Lobbyisten für die Unternehmerinnen und Unternehmer, nicht für die arbeitende Bevölkerung. Innenminister Schuster fragte: „Wie kann man nur auf diese Idee kommen?“ Schließlich sinke das Bruttoinlandsprodukt, wenn Feiertage nachgeholt würden. Dabei passiert das ja nur aller 6 bis 7 Jahre das bestimmte Feiertage auf das Wochenende fallen. Für den rechten Rand des Parlaments ist der Vorschlag „hirnrissig“ und „völlig leistungsfeindlich“, wie der AfD-Sprecher schimpfte.

In jeder Feiertags-Debatte wird vor wirtschaftlichen Verheerungen gewarnt – aber den Zusatznutzen infolge ausgefallener Feiertage nimmt die Wirtschaft gern an. Schluss mit diesen Geschenken! Wir haben zwar mal wieder eine Abstimmung im Parlament verloren, das wird uns aber nicht daran hindern, das Thema immer wieder auf die Agenda zu setzen bis es eine Mehrheit dafür gibt.

## Was möglich wäre

### Der europäische Migrationspakt und der Krieg in der Ukraine

Die europäische Migrations- und Asylpolitik steht seit vielen Jahren in der Kritik. Illegale Pushbacks sind Normalität. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex toleriert Menschenrechtsverletzungen. Schutzsuchende werden an den Außengrenzen in Lagern regelrecht gefangen gehalten. Ob in Polen, Spanien, Griechenland, Kroatien, Litauen oder Lettland: überall gab es unhaltbare Zustände bzw. wurden gewaltsame Praktiken der Grenzpolizei beobachtet. Seit 2014 haben mehr als 25.000 Menschen ihr Leben im Mittelmeer verloren, in 2022 wurden laut der Internationalen Organisation für Migration über 1.900 Todesfälle dokumentiert.

In Brüssel wird ein „neuer Europäische Migrationspakt“ verhandelt. Doch das Dublin-System soll nicht abgeschafft werden. Der Vorschlag der Kommission ist eher ein „Pakt der weiteren Entrechtung“. Viele Mitgliedstaaten sind weiter gegen eine obligatorische Aufnahme von Geflüchteten. Zwar haben 18 Mitgliedstaaten und 3 assoziierte Länder eine sogenannte „Solidaritätserklärung“ unterzeichnet, doch deren Aufnahme-Mechanismus ist freiwillig und rechtlich nicht bindend.

### Schutzschild für die Menschenrechte

Die Positionen des Parlaments sollen nach Rücksprache mit den Mitgliedstaaten im Frühling 2023 vorliegen. Doch im Parlament zeichnen sich kaum progressive Mehrheiten ab. Viele Paktgegner:innen sind deshalb bereit, Kompromisse zu finden. Dabei haben doch die letzten 12 Monate gezeigt, was möglich ist. Den ukrainischen Geflüchteten wurden schnell Hilfe, Schutz und Sicherheit geboten.

Seit Beginn des Krieges sind laut UNO über 8 Mio. Flüchtlinge aus der Ukraine in die EU gekommen. Erstmals in der Geschichte der EU haben Flüchtlinge pauschal einen Schutzstatus erhalten. Sie dürfen sich, auch ohne Asylanträge zu stellen, frei bewegen. Das ist der beste Beweis dafür, dass die EU unkompliziert und in Größenordnungen Menschen aufnehmen kann - wenn es gewollt ist. Oder offenbart der andere Umgang mit den nicht-ukrainischen Flüchtlingen eine rassistische Denkweise von Kommission und Rat?



Die Kriminalisierung der Seerettung ist ein menschenrechtlicher Offenbarungseid.  
Bildquelle: Mika Baumeister/unsplash

Der Tod an den EU-Außengrenzen ist real. Tausende sollen künftig in afrikanischen Lagern festgehalten werden. Doch ein Europa der Zäune und der Abschottung widerspricht unserem Verständnis von Demokratie und Gerechtigkeit. Das Recht auf Asyl ist ein Schutzschild für die Menschenrechte, auch die unseren. Menschen, die vor Krieg, Diskriminierung und Verfolgung fliehen, brauchen Schutz und Anerkennung, und zwar egal woher sie kommen.

Dr. Cornelia Ernst, Mitglied des Europäischen Parlamentes

## „Workshop Karl Marx für Einsteiger“ in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

„Mit einer tollen Atmosphäre und guten Referentinnen haben wir uns grundlegende Erkenntnisse aus dem ersten Band des Kapitals erarbeitet. Ein gelungenes Wochenende, das unbedingt wiederholt werden sollte.“ beschreibt Lucas Schmidt von der linksjugend [solid] Erzgebirge die zwei Tage vom 18.3. und 19.3.2023 im Abgeordneten Büro Clara Anne Bünger MdB und Rico Gebhardt MdL in Aue-Bad Schlema. „Wie würdet ihr ein Buch anfangen?“ fragten uns zum Warmwerden Almut und Kim von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zum Einstieg und damit hatten unsere Referentinnen uns auch schon geweckt. Anmerkung vom Autor: „Es war Samstag und 10:15 - für Langschläfer früh am Morgen.“ Die 9 Teilnehmer zwischen 15 und 60+ waren gefesselt von dem Kurs und lernten schnell. In Einzelarbeit und Gruppen nahmen wir den ersten Band des Kapitals auseinander und lernten was Ware und Wert ist. Da die Veranstaltung von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geleitet wurde, waren wir nicht nur Partei-Genoss:innen aus dem Erzgebirge sondern auch Sympathisant:innen aus Chemnitz und Münster (NRW), welche sich mit Almut und Kim einig waren, wir kommen wieder und nehmen auch Band 2 und 3 auseinander. Danke nochmal an Clara und Rico das wir euer Büro nutzen durften. Besonderer Dank geht auch an Andrea Schrutek, die mit einer Kartoffelsuppe und veganen Nudel mit Tomatensoße für unser leibliches Wohl gesorgt hat. Besten Dank an Almut und Kim für eure spielerische Vortragsweise und an Daniela für die organisatorische Arbeit hinter den Kulissen.  
Andreas Heilsberg



## Auf nach Berlin – Fahrt zum Deutschen Bundestag

Für die nächste Besucherfahrt auf Einladung unserer Bundestagsabgeordneten Clara Bünger nach Berlin sind ab sofort Anmeldungen möglich. Es handelt sich um eine 3-Tages-Fahrt mit 2 Übernachtungen im Hotel sowie Teilverpflegung und Programm. (Frühstück und entweder Abendessen oder Mittagessen enthalten, je nach Programm.) Das Mindestalter für Teilnehmer:innen beträgt 18 Jahre, eigene Kinder oder Enkel können jedoch in Begleitung mitreisen. Die Unterbringung in Doppelzimmern mit Partner:in oder Bekannten ist kostenfrei, bei Wunsch eines Einzelzimmers wird ein Zuschlag erhoben, dessen Höhe sich nach dem Hotel richtet, in dem wir untergebracht werden, in d. Regel um die 30,- Euro pro Nacht. Die genaue Höhe ist erst kurz vor der Reise erfahrbar. Parteimitgliedschaft ist ausdrücklich keine Voraussetzung für die Teilnahme! Ihr könnt also auch Euren Verwandtschafts- und Freundeskreis von der Möglichkeit mitzufahren informieren.

Datum: 09.07. bis 11.07. 2023  
Start: 06:00 Uhr in Aue  
Rückfahrt ab Berlin: gegen 17:00 Uhr  
Zur Anmeldung werden folgende Angaben benötigt:

Vorname  
Name  
Anschrift  
Geburtsdatum  
Geburtsort  
Telefon (möglichst Mobil)  
vegetarisches Essen ja/nein  
Mit wem im Zimmer oder Einzelzimmer mit Zuschlag

Die Angaben bitte an:  
[clara.buenger.ma06@bundestag.de](mailto:clara.buenger.ma06@bundestag.de) senden. Ihr bekommt dann eine Bestätigung mit genauem Programm und sonstigen Hinweisen.

Frank Dittrich

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge  
Vi.S.d.P.: Wolfram Dittmann  
Spenden für DIE LINKE.Erzgebirge oder für die Zeitung "DIE LINKE im Erzgebirgskreis" (Spendenempfehlung 10 Euro Jahresbeitrag)  
Konto: DIE LINKE, Erzgebirge  
IBAN: DE 56 870 54 000 33 29 000 456  
Sitz des Kreisvorstandes:  
Kirchstraße 5 in 08280 Aue-Bad Schlema  
Tel: 03771 / 2 22 17  
Internet: [www.dielinke-erzgebirge.de](http://www.dielinke-erzgebirge.de)  
Meinungen und Post an uns unter [redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de](mailto:redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de)  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.  
Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist der 24. April 2023

## Ein Tag mit neuen Freunden

Die Landtagsabgeordnete Juliane Nagel war vor ein paar Wochen mit einer kleinen Delegation in der Ukraine und hat sich informiert darüber informiert, wie linke zivilgesellschaftliche Aktive unter den Bedingungen des Krieges in der Ukraine arbeiten und ihre Interessen vertreten können. Kurz danach bat mich Juliane, ob wir als Erzgebirgerinnen und Erzgebirgler nicht für einen Tag Gastgeber:in für Yuriy Samojlov und Maryna Samojlova sein könnten. Sie würden im März nach Deutschland kommen.

Yuriy Samojlov ist langjähriger Vorsitzender der linken Gewerkschaft NPGU (Unabhängige Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiterinnen) in Kryvyj Rih. Maryna Samojlova leitet die Frauenabteilung der NPGU und engagiert sich für die Gleichstellung der Frauen, die in diesen Berufen arbeiten.

Die Industrieregion Kryvyj Rih – einige Leserinnen und Lesern ist die Stadt sicherlich nicht unter dem ukrainischen Namen, sondern unter dem russischen Namen KriwojRog bekannt. Als DDR-Bürger kannte auch ich die Geschichte um die Fahne von KriwojRog.

Kryvyj Rih ist stark vom Eisenerzabbau und der Metallerzeugung geprägt, mehrere zehntausend Menschen arbeiten in den Berggruben und Fabriken. Vor etwa vier Jahren startete NPGU eine Kampagne im größten ukrainischen Metallkonzern Arcelor Mittal und forderte Gehaltserhöhungen und die Rücknahme der staatlichen Kürzung von sozialen Leistungen. Daraus entwickelte sich eine sehr wirkungsvolle Streikbewegung innerhalb dieses Großbetriebs. Der Streik fand teilweise untertage statt. Am Ende erreichten die Streikenden für die ca. 24000 Beschäftigten tatsächlich eine 33-prozentige Gehaltserhöhung und den Austausch des Managements des ukrainischen Konzerns. Diese Protestbewegung hatte eine Signalwirkung und bald folgten weitere Arbeitskämpfe in der gesamten Region. Trotz enormer Widerstände und auch strafrechtlicher Verfolgung einzelner Streikteilnehmenden gelang es der Arbeiterschaft in dieser Region konkrete Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Der russische Krieg betrifft auch die Gewerkschaften des Landes, Kryvyj Rih wurde und wird von russischen Truppen regelmäßig angegriffen und mit Raketen beschossen. Wegen der Zerstörungen der Infrastruktur geraten Bergleute häufig in Gefahr und riskieren ihr Leben. Das alles erfuhr ich während eines Gesprächs mit Yuriy und Maryna. Auch Stefan Schrutek nahm an dem Gespräch teil und plötzlich war der Austausch unter den beiden ehemaligen Bergleuten fast ohne Dolmetscherin möglich.

Später fuhren wir dann noch gemeinsam mit Clara Bünger in die Zinnkammern in Pöhla ein. Hier gab es für die zwei Gäste aus der Ukraine viele Informationen zum Bergbaugeschehen während der Zeit der SDAG-Wismut, manches Werkzeug aus der Zeit hatte auch Yuriy bedient, wie er feststellte. Er erzählte uns auch noch, dass sein Großvater als Steiger ab 1915 im Erzgebirge tätig war.

Yuriy und Maryna sind in Deutschland und anderen Ländern unterwegs, um Kontakte mit Gewerkschaften zu knüpfen. Das hatten wir an dem Tag eigentlich auch geplant, aber leider hat es zeitlich nicht geklappt. Meine Erkenntnis nach diesem Tag: Wir wissen zu wenig von unseren Nachbarinnen und Nachbarn, sollten mehr versuchen uns zu vernetzen, um Sachverhalte zu verstehen und einzuordnen. Die Sorge von Yuriy war schon herauszuhören, dass nach dem Krieg viele der jetzt notwendigen teilweise auch akzeptierten Einschränkungen erst durch neue Arbeitskämpfe wieder erstreikt werden müssen. Auch dafür braucht es starke Partnerinnen und Partner. Danke an Andrea Schrutek und Frank Dittrich für die Organisation des Tages.

Rico Gebhardt